Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Dienstag, den 22. Oktober 1878. Nr. 494.

Deutschland.

** Berlin, 21. Oktober. Es wird jetzt bestätigt, daß der Kaiser im Monat November seinen Aufenthalt nach Wiesbaden verlegen, Anfang Dezember aber mit der Kaiserin nach Berlin zurückzukehren beabsichtigt.

Die Mitglieder des Staatsministeriums traten gestern um 2 Uhr beim Fürsten Bismarck zu einer vertraulichen Besprechung zusammen. Der Finanzminister Hobrecht konnte wegen Unwohlsein nicht theilnehmen. Den Gegenstand der Berathungen bildete, abgesehen von den mit der Ausführung des Sozialistengesetzes im Zusammenhange stehenden Fragen, die Vorbereitung für die Landtagssession.

Morgen, Dienstag, findet unter dem Vorsitz des Justizministers eine Sitzung des Staatsministeriums statt, bei der in erster Reihe die behufs Ausführung der Reichsjustizgesetze nothwendigen Landesgesetze zur Berathung stehen werden.

Der Fürst Reichskanzler begiebt sich demnächst nach Friedrichsruh, wird vor der Eröffnung des Landtags noch zur Hochzeit seiner Tochter nach Berlin kommen und dann auf längere Zeit auf seine Güter gehen. Der Stellvertreter des Reichskanzlers, Graf Stolberg, hat sich auf einige Zeit nach Wernigerode b geben.

Die sensationelle Nachricht des „Berl. Tageblattes“, daß am 1. November 20,000 Rekruten mehr als im vorigen Jahre eingezogen werden sollen, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Eine Vergleichung der allerhöchsten Kabinetsordre vom 25. Januar 1877 mit der von demselben Tage 1878, auf Grund welcher die Rekrutirung der Armee für die Jahre 1877—78 und 1878—79 erfolgt ist und erfolgen wird, zeigt nur die einzige Verschiedenheit, daß im Jahre 1878—1879 bei vier preußischen Infanterie-Regimentern auf jedes Bataillon 35 Mann mehr eingezogen werden. Dagegen verlieren in diesem Jahre die mecklenburgischen Truppen auf jedes Bataillon 20 Rekruten gegen das Vorjahr. Wenn man nun von dem Plus der vier preußischen Regimenter das Minus der mecklenburgischen Regimenter abzieht, so kommt man zu einem Plus, das im Ganzen noch nicht 100 erreicht.

Die Baumwollen-Enquete-Kommission, welche seit acht Tagen ihre Sitzungen hält, dürfte heute oder spätestens morgen dieselben schließen.

Berlin, 21. Oktober. Se. Majestät der Kaiser und König haben auf den Rath der Aerzte Dr. v. Lauer, v. Langenbeck und Wilms beschlossen, Sich im Monat November nach Wiesbaden zu begeben, um dort, wo das verhältnißmäßig milde Klima auch noch in diesem Monat die Bewegung im Freien gestattet, die Kur, welche unter dem Einflusse der frischen Luft bisher von gutem Erfolge begleitet war, mit hoffentlich gleich günstiger Wirkung fortzusetzen.

Demnächst liegt es in der Absicht Sr. Majestät, in den ersten Tagen des Dezembers mit Ihrer Majestät nach Berlin zurückzukehren.

— Das „Journal des Debats“ schrieb am 16. d. M.:

„Wir werden bisweilen überrascht und skandalisirt über die Heftigkeit unserer parlamentarischen Diskussionen. Wir würden es weniger sein, wenn wir das Versailler Parlament mit fremden Parlamenten verglichen. Die Debatten über das Sozialistengesetz scheinen alle die Ausschreitungen übertroffen zu haben, welche uns seitens einiger von unseren Deputirten manchmal in Verwunderung setzen. Ein sozialdemokratischer Redner hat sich nicht gescheut, öffentlich das Lob der Kommune zu singen, und sie als Muster hinzustellen, er hat sogar seine Freunde ohne Umschweife aufgefordert, sich vom Druck der Tyrannei, d. h. vom Druck des Gesetzes, mit Gewalt zu befreien. Unterbrochen in der Mitte des Satzes, hat er gleichwohl sein Recht behauptet, so zu reden wie er es thue, unter dem Vorwande, daß Fürst Bismarck seinerseits die Sozialdemokraten als „Banditen“ behandelt habe. Er fügte dann hinzu: „Die Annahme dieser Vorlage wird direkt zum Aufstande führen und Jeder von uns wird gern sein Leben für die Sache der Freiheit geben“. Herr Hasselmann ward, als er sich mit diesem verwegenen und drohenden Freimuth aussprach, zur Ordnung gerufen. Dies hat jedoch nicht verhindert, daß Herr Reinders, ein anderer Sozialist, in Anknüpfung an die frühere Aeußerung eines Konservativen, „daß der Sozialismus die Schule des Hochverraths ist“, ausrief: die, welche für dies Gesetz stimmen, die, welche dadurch die Konstitution illusorisch machen, das sind die Hochverräther.“ Und als ob diese Sprache noch nicht deutlich genug wäre, hat Herr Reinders in Erwiderung auf den Ordnungsruf noch hinzugefügt, daß, wenn man Jemanden für das jetzige Elend verantwortlich machen wolle, so sei das Fürst Bismarck, welcher eigentlich auf die Anklagebank gehöre.“

Dies ist jetzt der Ton der Debatten im Reichstag.“

Soweit das „Journal des Debats“. Nach dieser Einleitung wäre anzunehmen, daß das Journal, welches seiner Zeit für die Tödtung von 25,000 Kommunards in den Straßen von Paris nur Worte der Anerkennung hatte, damit einverstanden ist, daß das deutsche Reich, um derartigen Hekatomben vorzubeugen, die Sekte, welche die Berechtigung des Aufruhrs predigt, unter ein Ausnahmegesetz stellt. Dem ist jedoch nicht so. Das Journal will seine Ansichten nicht ausführlich entwickeln, um „nicht des Bündnisses mit Herrn Sonnemann und der Begünstigung der Herren Hasselmann und Reinders beschuldigt zu werden“, aber aus seinen Bemerkungen klingt bitterer Unmuth hervor über die damals schon voraussichtliche Annahme der Vorlage.

Daß ein so friedliches und in Frankreich so ordnungsliebendes Blatt, wie das „Journal des Debats“, das Zustandekommen des Sozialistengesetzes nach Möglichkeit zu hintertreiben suchte, beweist, daß auch der ruhige und gebildete Theil der französischen Bevölkerung ohne Widerwillen auf die Faktoren blickt, welche geeignet sind, den Aufschwung deutscher Prosperität zu lähmen. Die französische öffentliche Meinung und die Presse haben es nicht über sich vermocht, von der Tradition sich loszureißen, wonach Alles, was den Nachbar schädigt, schließlich für Frankreich Nutzen bringt. Derselbe Gedankenzug findet sich in einer endlosen Kette von Beispielen wieder, von der Zeit an, wo Ludwig der Vierzehnte als Rathgeber des Sultans und Dank den Türkenkriegen Straßburg ohne Kriegserklärung nahm und behielt, bis herab zur heutigen sozialdemokratischen Bewegung.

Wir haben die Aeußerungen des „Journal des Debats“, eben wie alle übrigen französischen Preßstimmen gleicher Tonart, unerwidert gelassen, so lange die Sozialistendebatte dauerte, da unseres Erachtens die Quelle jener Rathschläge nicht auf dem Boden der inneren Politik zu suchen und deshalb auch nicht mit dieser zu vermengen war. Heute wollen wir, nur rückblickend, konstatiren, daß französische Politiker, vielleicht sich selbst unbewußt, ihr Ideal von Politik noch in jener Periode zu suchen scheinen, wo französische Kardinäle die Protestanten in Frankreich bekriegten und in Deutschland unterstützten gegen den damaligen katholischen Kaiser. Wir führen dies an ohne Vorwurf, lediglich als Beweis dafür, daß in den Staaten, welche schon seit Jahrhunderten Großmachtspolitik trieben, sich eine ausschließlich auf den — wahren oder vermeintlichen — Interessen des eigenen Landes basirte, nach außen hin rücksichtslose politische Tradition entwickelt hat, die auch noch in dem von Revolutionen durchwühlten Boden aus gleichem Keime stets die gleichen Schüsse treibt.

— Ueber die Affaire Beust schreibt die „Nat.-Zeitung“:

Die Affaire Beust ist noch nicht zu Ende. In letzter Stunde scheinen noch Bedenken gegen die Opportunität der Ernennung des österreichisch-sächsischen Diplomaten zum Botschafter in Paris aufgetaucht zu sein. Zweifellos stammen aber diese Bedenken nicht aus Berlin. Wenn Oesterreich es in seinem Interesse findet, sich so und nicht anders in Paris vertreten zu lassen, so wird es dies sein Interesse eben am besten selbst verstehen — was anderes hätte man in Berlin zu antworten gehabt, für den Fall, daß, wie mehrfach geschrieben wurde, die Ansicht der deutschen Regierung über diesen Kasus erfragt worden wäre? Man wird bei der deutschen Regierung nicht unterstellen können, daß sie die Person des Grafen Beust irgend scheue, noch weniger nach jenem liebenswürdigen Besuch, den er noch jüngst, einer vielfach verbreiteten Erzählung nach, dem deutschen Reichskanzler in Gastein gemacht hat. Es ist eine von uns schon hervorgehobene Eigenthümlichkeit des Grafen Beust, daß er seinen Freunden gefährlich wird. Das zeigt sich auch in den letzten Vorgängen. Die Wiener „Deutsche Zeitung“ schreibt ziemlich allarmirt:

„Wir halten die Versetzung des Grafen Beust für einen politischen Fehler, weil sie in Berlin Verstimmung erregt, ohne uns in Paris etwas zu nutzen. Konnte Graf Beust aus irgend einem Grunde nicht in London bleiben, dann war sein Platz in Rom oder in Petersburg; an beiden Orten war er „möglich“; in Paris kann er uns Verlegenheiten schaffen, selbst wider seinen Willen. Jetzt sind die Beziehungen zwischen Wien und Berlin intim; aber es können Situationen kommen, in denen die Anwesenheit eines so prononzirten Diplomaten, wie Graf Beust ist, in Paris für uns eine positive Unannehmlichkeit werden kann.“

In Deutschland, wo der Name „Beust“ seinen hergebrachten sensationellen Klang nicht verloren hat, ist man — soweit es sich nicht um kühl urtheilende politische Kreise handelt — bei der Nachricht von der Pariser Sendung, wie sich jetzt herausstellt, mit großer Uebereinstimmung auf den Gedanken gekommen, daß „Etwas vorgehe“; ähnliche Gedanken scheinen sich auch in Oesterreich zu regen. Anderen Orts faßt man diese Angelegenheit als Kraftprobe auf, was wohl das Verhältniß zwischen Wien und Berlin etwa aushalten könnte. Am wenigsten ist man offenbar in den leitenden Kreisen in Paris befriedigt. Denn selbst wenn man nach Wien hinüber etwas zu zetteln hätte, so würde man es sicher am wenigsten nicht unter der von vornherein kompromittirten und kompromittirenden Firma Beust thun wollen. Wie es scheint, hat man in Paris der Notifikation der beabsichtigten Mission kein allzu freundliches Gesicht gemacht. Der in nahen Beziehungen zu den Orleanisten stehende „Moniteur“ enthält folgende Mittheilung:

„Man schreibt uns aus Wien, daß man anfängt, sich über die Verzögerung zu wundern, welche bezüglich der offiziellen Erklärung der Ernennung des Herrn von Beust zum österreichischen Botschafter in Paris herbeigeführt worden ist. Man fragt sich, ob diese Verzögerung nicht durch die Besorgniß veranlaßt sein könnte, Deutschland zu verletzen, indem man eine Ernennung definitiv macht, deren Gerücht allein hingereicht hat, in der gesammten deutschen Presse eine außerordentliche Erregung hervorzurufen. Man fragt sich endlich, — und hier drucken wir die Mittheilungen unseres Korrespondenten nur ab, indem wir sie mit den ausdrücklichsten Vorbehalten begleiten — man fragt sich also endlich, ob es wahr wäre, wie das Gerücht in Wien in diplomatischen Kreisen lautete, daß die französische Regierung, welcher das Wiener Kabinet, dem Brauche entsprechend, von der Absicht, Herrn von Beust zum Ersatze für Herrn von Wimpffen zu ernennen, Mittheilung gemacht hatte, nicht selbst durch die Besorgniß beeinflußt worden wäre, etwas für die deutsche Regierung wenig Angenehmes zu thun, indem sie Herrn von Beust als Botschafter in Paris genehmigte. Wir vermögen diesem letzten Theile der Informationen unseres Korrespondenten keinen Glauben beizumessen, welches auch das Vertrauen sein möge, das seine gewöhnlichen Mittheilungen uns einflößen. Wir können nicht zulassen, daß die französische Regierung Herrn von Beust einen Vorwurf aus der Rüge mache, deren Gegenstand er von Seiten der deutschen Regierung ist, und daß der Umstand, mit Auszeichnung, wie Herr von Beust gethan hat, der Sache des europäischen Gleichgewichtes gedient zu haben, indem er zugleich nicht aufhörte, seit 1866 bis einschließlich 1870, seine Sympathien für Frankreich zu bezeugen, etwas anderes sei, wie ein Rechtstitel auf die Gunst, um nicht zu sagen auf die Erkenntlichkeit einer französischen Regierung, welches auch ihre Form oder ihr Name sein mögen.“

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß der „Moniteur“ noch immer von dem Herzog Decazes inspirirt wird und deshalb bei jeder Gelegenheit gegen dessen Nachfolger im auswärtigen Amte, Herrn Waddington, seine Pfeile versendet. Nicht minder bekannt sind die Beziehungen, in welchen der Herzog Decazes zu gewissen Wiener Hofkreisen steht.

— Das Sozialistengesetz tritt nach dem in dritter Lesung gefaßten Beschluß des Reichstages mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft. Daß die Regierung mit dieser Publikation nicht zögern wird, nachdem sie anfangs das sofortige Inkrafttreten des Gesetzes verlangt, liegt auf der Hand. Immerhin sind bis dahin noch gewisse Stadien zu passiren, die man verkürzen, sehr verkürzen kann und wird, die aber gleichwohl zu berücksichtigen sind. Die Schlußberathung des Bundesraths über das Gesetz wird keinen sonderlichen Aufenthalt verursachen, da Fürst Bismarck am Sonnabend in seiner Ansprache an den Reichstag bereits erklären konnte, daß die einstimmige Annahme des Gesetzes, nach den vorangegangenen vertraulichen Besprechungen, im Bundesrath so gut wie gesichert ist. Ein zweites Stadium wäre dann, daß der Kronprinz das Gesetz durch Unterschrift und Siegel als Stellvertreter des Kaisers vollzieht. Das hierzu erforderliche Schriftstück, das sorgfältig und wie es einer Urkunde geziemt, auszufertigen ist und das hernach im Reichskanzleramt aufbewahrt wird, könnte freilich inzwischen schon hergestellt werden, beziehungsweise hergestellt worden sein. Was endlich die ausschlaggebende Verkündigung betrifft, die, wie bekannt, durch das Reichsgesetzblatt erfolgt, so pflegen nicht selten die Vollziehung eines Gesetzes und die Verkündigung desselben, wie man aus den abweichenden Daten ersieht, durch eine kleinere oder größere Reihe von Tagen von einander getrennt zu sein. Als Verkündigungstag eines Gesetzes gilt das Datum, welches sich in der betreffenden Nummer des Gesetzblattes in dem ausdrücklichen Vermerk „Ausgegeben am . . ten 2c.“ findet. Es ist wenig glaublich, daß man jene Zwischenpause bei dem Sozialistengesetz allzu lang werden läßt.

— Man erinnert sich, daß in der Reichstags-Kommission, welche das Sozialistengesetz für die zweite Lesung vorzuberathen hatte, anfänglich der Abg. Lasker es war, welcher die Führung der Opportunitäts-Opposition innehatte, die diesbezüglichen Anträge stellte und mit Hülfe der prinzipiellen Opposition durchbrachte. Man erinnert sich ferner, daß von dem Tage an, an welchem die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ einen selbst für die Gewohnheiten dieses Blattes auffällig groben Ausfall gegen Herrn Lasker brachte, dieser die Führung abgab und keine Anträge mehr einbrachte, sondern solche durch einen Parteigenossen stellen ließ. Damit war Herr Dr. Lasker von der Führerschaft nicht blos der nationalliberalen Fraktion überhaupt, sondern auch des linken Flügels derselben abgedankt. Bei den Kompromiß-Verhandlungen, welche zwischen der zweiten und dritten Lesung gepflogen wurden, war Herr Lasker gar nicht zugegen. Herr von Bennigsen allein konferirte mit dem Fürsten Bismarck und erstattete darüber direkt an die nationalliberale Fraktion Bericht. Dem Einfluß des Herrn von Bennigsen ist es auch zuzuschreiben, daß nicht blos in der Endabstimmung über das ganze Sozialistengesetz — hier herrschte Fraktionszwang —, sondern auch bei der Abstimmung über die einzelnen Kompromiß-Paragraphen nur ganz vereinzelte Abgeordnete — nie mehr als drei — sich dem Votum des Herrn Lasker angeschlossen. Daß Herr von Bennigsen solchen Einfluß üben konnte und geübt hat, soll ihm gedankt werden.

— Die bereits erwähnte Erklärung der „freien volkswirthschaftlichen Vereinigung im Reichstage“, deren Programm in folgendem Satze gipfelt:

„daß wir Angesichts der Handelspolitik der meisten Deutschland umgebenden Länder — in Erkenntniß der den Volkswohlstand schädigenden Mängel des deutschen Zolltarifs und bei der Fortdauer der auf der deutschen Gewerbthätigkeit und Landwirthschaft lastenden Krisis — eine auf das Resultat sorgfältiger Prüfungen und sachgemäßer Abwägungen gestützte Reform des deutschen Zolltarifs für nothwendig halten und demgemäß entschlossen sind, für dieselbe in der nächsten ordentlichen Session des deutschen Reichstages einzutreten“,

ist von 204 Mitgliedern unterzeichnet worden.

— Der Bundesrath trat heute Nachmittag um 2 Uhr zu einer Sitzung zusammen, in welcher der Reichskanzler Fürst Bismarck den Vorsitz führte. Es handelte sich um das Sozialistengesetz in der Fassung, wie es aus der dritten Lesung des Reichstages hervorgegangen ist. Gemäß der Zusage, welche Fürst Bismarck im Reichstage bereits ertheilt hatte, ist die Zustimmung zu dem Gesetze erfolgt, welches zunächst dem Kronprinzen zur Vollziehung zu unterbreiten ist. Was nun die Ausführungsbestimmungen betrifft, so handelt es sich namentlich um den ehemaligen § 19, jetzt § 26, wonach die Kommission, welche die Beschwerdeinstanz bildet, ein Regulativ bezüglich ihres Geschäftsganges zu entwerfen hat, welches vom Bundesrath zu bestätigen ist. Im Uebrigen wird es sich im Wesentlichen darum handeln, über eine möglichst gleichartige Ausführung des Gesetzes eine Vereinbarung zwischen den einzelnen Bundesstaaten zu erzielen.

Mit der heutigen Bundesrathssitzung tritt nun eine Ruhepause in den Arbeiten des Bundesrathes ein, welche sich allerdings nur auf wenige Wochen erstreckt, denn schon in der zweiten Hälfte des November sollen die Arbeiten des Zoll- und Steuer-Ausschusses wieder aufgenommen werden. Man behält es trotz aller Gegenreden im Auge, daß der Zusammentritt des Reichstages sich nicht über die erste Hälfte des Februar verzögert. Und wenn auch selbstverständlich zur Zeit noch nicht entfernt übersehen werden kann, welchen Umfang die Vorlagen für den Reichstag haben möchten, so liegen doch gewichtige Anzeichen dafür vor, daß man nach jeder Richtung hin einer inhaltreichen und bedeutsamen Session entgegen geht. Neben den Finanzgesetzen wird nach einer oder der anderen Richtung hin eine Revision der Gewerbeordnung nicht ausbleiben. Zunächst wird sich dieselbe auf die Beschränkung der Schankkonzessionen, sowie der Konzessionen für Heilanstalten rc. beziehen, also die Vorlage betreffen, welche bereits in der letzten Session des aufgelösten Reichstages vorgelegt war und unerledigt geblieben ist.

— Ein hiesiges Abendblatt, so schreibt die „Nat.-Ztg.", pufft die Nachricht von einer etwas größeren Rekruteneinstellung in diesem Herbste zu einer großen Allarmnachricht auf. Wir nehmen von dieser neuesten „Sensation" nur Notiz, um zugleich sehr schwachnervige und sehr leichtgläubige Menschen zu beruhigen. Wenn in der That dieses Jahr eine größere Anzahl Rekruten eingestellt wird, so entspricht die Zahl von 20,000 Rekruten, welche jenes Blatt ausrechnet, kaum dem Zuwachs der Bevölkerung seit der Herstellung der jetzigen Armeeeintheilung. Einer Einstellung von 20,000 Rekruten mehr, der ja eine Entlassung auf Kriegsurlaub in gleicher Zahl entsprechen würde, gegenüber einer Heeresmacht, welche auf mehr als anderthalb Millionen Soldaten sich veranschlagt, als eine allarmirende militärische Maßregel mit dunkeln Perspektiven anzukündigen, scheint uns — selbst die strikte Wahrheit unterstellt — geradezu abgeschmackt und jedenfalls im höchsten Grade leichtfertig.

Ausland.

Paris, 19. Oktober. Der Moniteur zeigt sich in einer aus Wien datirten Zuschrift entrüstet über die Verzögerung der offiziellen Verkündigung des Grafen Beust zum Botschafter in Paris: man frage, ob es wahr sei, daß die französische Regierung, der, wie üblich, das Wiener Kabinet die Absicht, Herrn v. Beust zu ernennen, angezeigt habe, sich wirklich von der Furcht beherrschen lasse, sie thue etwas, das der deutschen Regierung unangenehm sei. Der Moniteur kann nicht zugeben, daß die französische Regierung den Groll der deutschen Regierung Herrn v. Beust als Hinderniß anrechnen dürfe, da derselbe mit Glanz der Sache des europäischen Gleichgewichts gedient und von 1866 bis einschließlich 1870 seine Sympathie für Frankreich bekundet habe: er habe Anspruch auf die Gunst, um nicht zu sagen auf die Dankbarkeit der französischen Regierung! Univers erhält von einem „Politiker, der in der Lage ist, gut unterrichtet zu sein", die Mittheilung, daß Beust's Ernennung Gegenstand von Unterhandlungen gewesen, in welchen Gambetta die Hand gehabt habe; derselbe Gambetta, der in der Schweiz jüngst geäußert habe: „Der auswärtigen Politik Frankreichs fehlt der Ton."

London, 19. Oktober. Der „Academy" zufolge soll noch in diesem Monat die Strecke von Kotri bis Mooltan auf der indischen Staats-Eisenbahn im Industhal dem Betriebe übergeben werden. Dieselbe bildet ein wichtiges Glied des Eisenbahnnetzes, denn sie stellt die direkte Verbindung zwischen Karatschi und Lahore her. Es würden demnach Truppenverstärkungen aus Europa von dem Hafen Karatschi gleich mit der Bahn bis nach Lahore, dem Hauptquartier während der Feindseligkeiten in Afghanistan, befördert werden können. Allerdings ist auf dieser Strecke der Indus noch nicht überbrückt. Mehrere große Dampffähren vermitteln gegenwärtig den Verkehr. — Das städtische Arbeitsamt von London beschloß gestern nach längerer Erörterung, das von der Societe Generale d'Electricite gemachte Anerbieten, einen Apparat zur Beleuchtung des nördlichen Themsequais mit elektrischem Licht auf drei Monate unentgeltlich zu überlassen, anzunehmen und die nöthigen Vorbereitungen zu treffen. Die Stadt wird die Dampfmaschine, die Bedienung u. dgl. zu stellen haben. Die Kosten hierfür werden indessen auf nicht mehr als 600 L. angeschlagen. Es ist dies hier der erste Versuch in größerm Maßstabe, die Straßen mit elektrischem Licht zu beleuchten. Man ist auf den Erfolg gespannt, da die jetzige Beleuchtung durch das unreine gelbe Gas der privilegirten Gasgesellschaften ungemein mangelhaft ist. Das Arbeitsamt beschloß ebenfalls gestern, eine Parlamentsvorlage auszuarbeiten, welche die Erwerbung der Londoner Wasserwerke durch die Stadt betrifft. Auch diese Reform wird von der großen Mehrzahl der städtischen Bevölkerung sehnlich gewünscht. — Die Vorzüge englischer Herrschaft versprechen sich in dem unlängst einverleibten Transvaal bald in greifbarer Gestalt zu zeigen. Englisches Kapital, welches bei der Civilisirung neuer Länder eine so große Rolle spielt, soll nunmehr auch für dieses Land flüssig gemacht werden. Es sind schon größere Flächen von unternehmenden Kapitalisten angekauft worden, und letztere sind nunmehr bemüht, Ansiedler zur Bebauung derselben anzuwerben.

London, 19. Oktober. Lord Odo Russell, der mit seiner Gemahlin Ende der vorigen Woche bei Lord Beaconsfield zu Gaste war, begiebt sich übermorgen für wenige Tage zu Lord Salisbury nach Hatfield. Von dort zurückgekommen, wird er noch etwa zehn Tage sich in London aufhalten und gegen Ende des Monats wieder auf seinen Posten in Berlin abgehen. Es ist in den letzten Wochen über die Annahme und Ablehnung der Peerswürde von seiner Seite in der hohen Gesellschaft und minder hochstehenden Blättern der Provinz so viel ungereimtes Zeug geschwatzt und gedruckt worden, daß es an der Zeit ist, den wahren Sachverhalt darzustellen, zumal Lord Odo nicht blos hier, sondern auch in Berlin zu den geachtetsten und beliebtesten Persönlichkeiten gehört. Als nach der Zeichnung des Berliner Friedens die Lords Beaconsfield und Salisbury von der Königin die beiden damals einzig verfügbaren Hosenband-Orden erhielten, blieb für den dritten Kongreßbevollmächtigten blos eine einzige Auszeichnung gleich hohen Ranges übrig, nämlich die Pairie. Diese wurde ihm denn auch wirklich angeboten und von ihm angenommen. Als er aber auf Urlaub hierher kam, mußte er zu seiner nicht geringen Ueberraschung erfahren, daß diese seine Annahme auf Bedenken seiner Familienangehörigen und politischen Freunde stieß. Ihrem Dafürhalten zufolge nämlich würde er sich dadurch gewissermaßen moralisch gebunden haben, bei etwaigen Abstimmungen im Oberhause, an denen er gelegentlich theilnehmen sollte, für diejenige Partei einzutreten, die ihm die Peerswürde verliehen. Dies war eine Aussicht, mit der weder sein Bruder, der Herzog von Bedford, noch auch die übrigen Verwandten des Hauses und dessen politische Parteigenossen sich im Entferntesten befreunden konnten. Sie riethen ihm zur Ablehnung, und diesen Rath hat er denn auch schließlich befolgt, obwohl Lord Beaconsfield und Lord Salisbury ihm wiederholt und auf das Freundschaftlichste die Versicherung ertheilten, daß ihn die Peerswürde zu keinerlei Rücksichten für die Regierungspartei verpflichten würde, daß sie ihm lediglich als Anerkennung seiner persönlichen Verdienste angeboten worden sei.

Provinzielles.

Stettin, 22. Oktober. Der Herr Ober-Präsident unserer Provinz, Freiherr v. Münchhausen, bringt nachstehendes an ihn gerichtetes Dankschreiben zur Kenntniß der betheiligten Kreise:

„Es ist mir angenehme Pflicht, Euer Excellenz anzeigen zu können, daß auch in dem diesjährigen Manöver die Truppen der Division in sehr anerkennender und freundlicher Weise von der Bevölkerung aufgenommen worden sind, wofür ich im Namen der Offiziere und Mannschaften meinen ergebensten Dank mit der Bitte um weitere Mittheilung zu erstatten mir erlaube.

Stettin, den 27. September 1878.

(gez.) Frhr. von Sell,
General-Lieutenant und Divisions-Kommandeur."

— Der Regierungsrath Taubner in Stargard ist zum Geheimen Regierungsrath ernannt worden.

— Ist in einer Prozeßsache eine Thatsache durch die aufgenommenen Beweismittel, nach der einen oder anderen Seite hin, für genügend aufgeklärt zu achten, so ist darüber nicht noch eine Eides-Delation zulässig. Dieselbe findet nur statt, wenn durch die Beweiserhebung die Thatsache dergestalt im Dunkeln geblieben ist, daß sie weder für zulässig wahr, noch für zulässig falsch erachtet werden kann. Erkenntniß des Ober-Tribunals, I. Senats, vom 9. September d. J.

— Am 18. d. M. wurde der sep. Pantoffelmacher Kugel in Gaulitz bei Wollin verschiedene Gegenstände im Gesammtwerthe von M. 41,75 gestohlen. Des Diebstahls geständig ist der Tischler Gust. Emil Paul Ruhbach gestern hier verhaftet worden.

— Gestern Abend entstand in dem Laden des Putzwaarenhändlers M. Cohn, Breitestraße 69, kurz nachdem das Geschäft geschlossen worden war, Feuer, und zwar verbrannten die im Schaufenster ausgelegten Gegenstände vollständig, wodurch ein Schaden von ca. 300 M. entstand.

— Seit gestern kursirt in unserer Stadt das Gerücht, es sei in Grünhof ein Mord, der vor mehreren Jahren verübt sein soll, entdeckt worden. Die Sache stellt sich nach den erfolgten Recherchen folgendermaßen: In dem Hause Zabelsdorferstraße 14, welches unter Administration steht, wurde in einer Hinterstube der Fußboden reparirt, wobei von einem Zimmergesellen unmittelbar unter dem Fußboden ein Menschenschädel gefunden wurde. Nach den Erklärungen eines Arztes, welchem der Schädel vorgelegt wurde, hat derselbe bereits gegen 100 Jahre in der Erde gelegen und ist kunstgerecht, wahrscheinlich von einem Sachverständigen, zerschnitten. Da das Haus erst 1865 erbaut ist, kann kein Verbrechen vorliegen, sondern es wird vermuthet, daß der Schädel beim Bau des Hauses vom nahen Kirchhofe geholt und von den Arbeitern unter den Fußboden gelegt ist.

Greifswald, 21. Oktober. Gestern Abend hat sich in einem hiesigen Bierkeller ein recht betrübender Unglücksfall ereignet: Ein junger Mann forderte, vom Tanzen erhitzt, ein Glas Selterwasser, nach dessen Genuß er todt zur Erde fiel. Die von einigen sofort herbeigerufenen Aerzten angestellten Wiederbelebungsversuche erwiesen sich leider als erfolglos.

Vermischtes.

— Auf dem Cantianplatz zu Berlin ist seit dem 1. September eine „Ausstellung von Werken lebender Künstler" eröffnet. Man darf zwar aus derselben keinen unbedingten Schluß auf die gegenwärtige Leistungsfähigkeit der bildenden Künstler Deutschlands ziehen; denn gerade die größten derselben, Piloty, von Werner, Schrader, Knaus, Lindenschmidt, Graf Harrach, Mackardt, Böcklin, Grützner und viele Andere haben sich von derselben fern gehalten — vielleicht weil sie die Gesellschaft scheuen; immerhin aber ist die Thatsache, daß in der größten Ausstellung Deutschlands eine so große Menge in der Form mittelmäßiger, in ihrem geistigen Gehalt oft nicht einmal mittelmäßiger Bilder ausgestellt werden kann, ein betrübendes Zeichen dafür, wie genügsam unser kunstliebendes Publikum in seinen ästhetischen Anforderungen geworden ist. Gewiß ist diese Erscheinung größtentheils eine Folge der in unserem Volke so allgemeinen Sucht, die vorhandenen Fähigkeiten ohne Rücksicht auf ihren Umfang in einer möglichst angesehenen Stellung nutzbar zu machen: wer auch nur etwas Zeichnen oder Modelliren kann, wird meist nicht etwa Kunsttischler, Graveur, Musterzeichner, Wandmaler, Holzschnitzer oder dergleichen, sondern gleich Maler oder Bildhauer. Dadurch wird nicht nur das Niveau der freien Künste heruntergedrückt, sondern zugleich dem Kunstgewerbe der beste Theil der Kräfte entzogen; wir dürfen uns keinen Illusionen darüber hingeben, daß Deutschland seit etwa einem Jahrzehnt auf dem einen wie auf dem anderen Gebiete hinter seinen Nachbarländern, insbesondere hinter Frankreich, weit zurückgeblieben ist. — Am fühlbarsten zeigt sich das Heruntergehen der Kunst in der Unfähigkeit, große, das ganze Leben des Künstlers ausfüllende Gedanken künstlerisch darzustellen. Bilder großen Styles, in Frankreich heut zu Tage gleich gern gemalt als gekauft, fehlen auf der Ausstellung fast gänzlich; und fast noch mehr, als das, was fehlt, beklagt man das, was ausgestellt ist. Die religiöse Malerei Deutschlands kann nicht einmal mehr der Aufgabe genügen, die ewigen von den Italienern geschaffenen Formen in die moderne Auffassung zu übersetzen. Und was fast noch schlimmer ist: die berechtigte Geringschätzung des im großen Style bei uns Geleisteten hat eine traurige Verachtung des großen Styles überhaupt gerade bei den tüchtigsten unserer jungen Künstler wachgerufen. Allein auch die sogenannte Kleinmalerei, in der Deutschland sich seit Jahrhunderten auszeichnete, ist zurückgegangen; wenige Genrebilder vermögen es noch, in dem Rahmen der Koexistenz die Aufeinanderfolge einer Reihe von Handlungen klar auszudrücken, oder in einer Figur einen Charakter darzustellen, und die Landschaftsmalerei gefällt sich geradezu vielfach darin, plumpe Linien und unbelebte Flächen darzustellen, wahrscheinlich in der Voraussetzung, man werde das, was nicht schön sei, um so eher für wahr halten. — Um indessen nicht bloß zu tadeln, will ich doch hier auf drei merkwürdige Bilder aufmerksam machen, und ich thue dies um so lieber, weil sich erst bei genauerer Betrachtung ihr Werth ergiebt. Es ist dies erstens Hasemann's „Kasperletheater" (Nr. 296 des Katalogs), dessen Künstler auf etwa hundert Gesichtern die verschiedenartigsten, aber immer gleich originell beobachteten Formen des Lachens dargestellt hat; zweitens Ludwig Bokelmann's höchst sorgfältig charakterisirtes, auch vortrefflich gemaltes Genrebild: „Ein Wanderlager kurz vor Weihnachten" (Nr. 96), endlich das unscheinbare, aber äußerst solide gearbeitete Bild eines jungen Freundes des zuletzt genannten Künstlers, des E. te Peerdt: „Vorhalle eines Museums" (Nr. 553). Der Künstler, der augenscheinlich die Natur mit großem Ernste studirt, wird es hoffentlich nicht übel nehmen, wenn er darauf aufmerksam gemacht wird, daß die Wahrheit für sich allein nicht Zweck der Kunst sein kann, sondern nur, insofern es dem Künstler gelingt, in derselben entweder subjektiv eine große, ihn bewegende Empfindung, oder objektiv eine interessante, in sich abgeschlossene Handlung (dies Wort im weitesten Sinne gefaßt) darzustellen.

— Eine tragikomische Scene ereignete sich dieser Tage auf einem Brüsseler Polizeibureau. Eine Frau X. meldete sich bei dem dienstthuenden Offizier und brachte eine Klage gegen einen Arbeiter vor, der ihr eine Ohrfeige verabreicht hatte. „Auf welche Weise geschah das?" fragte der Polizei-Offizier. „So!" sagte die Frau und applizirte dem unvorsichtigen Fragesteller die schönste Maulschelle von der Welt. Der Mann des Gesetzes, der alle fünf Finger im Gesicht hatte, lief zum Polizei-Kommissar, um sich seinerseits zu beklagen. Aber dieser ließ die Frau in Folge ihrer großen Naivetät laufen!

— Ein kürzlich in Petersburg verstorbener ehemaliger Schneidermeister hat laut des vom Notar aufgestellten Inventars ein aktives Vermögen von 5,803,450 Rubel hinterlassen. Die Passiva belaufen sich nur auf 82 Rubel 10 Kopeken. In seinem Testament sagte der Erblasser, er habe im Jahre 1842 sein Geschäft mit 8 Rubel begonnen. Er kaufte dafür den Stoff zu einem Rock, den er für 13 Rubel 50 Kopeken verkaufte. Ob aber der Mann am Schneiderhandwerk allein seine Millionen erspart hat, das ist wohl zu bezweifeln.

— (Heiraths-Charakteristik.) „Weißt Du schon, daß unser Freund H. sich verheirathet?" — „Vernunft- oder Neigungsheirath?" — „Beides". — „Wie so?" — „Nun, bezüglich des Aeußeren der Braut ist es Vernunft-, bezüglich der Mitgift Neigungsheirath!"

— (Unglücksfall auf der Jagd.) Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein, Frhr. v. Scheel-Plessen, der auch Besitzer des Gutes Lindholm auf Seeland ist, hatte daselbst am 15. d. Mts. in dem Gehölz von Bognäs eine Jagd veranstaltet, an der auch zwei seiner Söhne und mehrere preußische Offiziere sich betheiligten. Während der Jagd ereignete sich der Unglücksfall, daß ein Offizier in Folge eines Fehlschusses den jungen Freiherrn v. Scheel-Plessen nicht unerheblich verwundete. Die Kugel streifte die Hand und drang in den Schenkel ein. Es wurde sofort ärztliche Hülfe aus Roskilde herbeigeholt. Das Leben des Verwundeten soll indeß außer Gefahr sein.

Literarisches.

Mary Wall und Jenny Hirsch, Haus und Gesellschaft in England. 5 M. Für das Werk haben sich eine Engländerin und eine Deutsche verbunden. Die Erstere, welche durch einen mehrjährigen Aufenthalt in Deutschland und längeres Verweilen in deutschen Familien im Stande war, den Unterschied des deutschen und englischen Lebens zu beurtheilen, hat das Material in Aufzeichnungen geliefert, die Letztere hat dieselben in Form gebracht, Vergleiche zu ziehen gesucht, und indem sie mit ihrer Mitarbeiterin berieth und erwog, sich bemüht, Erweiterungen, Berichtigungen und nähere Erklärungen herbeizuführen.

Erziehungs- und Unterrichtswesen, Geselligkeit, das Verhältniß der Ehegatten zu einander und eine Beleuchtung der Stellung der unverheiratheten Personen männlichen und weiblichen Geschlechts gehörten ebenso nothwendig zu einer Schilderung des häuslichen und gesellschaftlichen Lebens wie Festlichkeiten und Trauerfälle, Spiele und Beschäftigungen, öffentliche Vergnügungen, Nahrungsmittel, Dienstboten, Klubs, das Haus und seine inneren Einrichtungen. Das Buch bietet ein recht lebendiges Bild.

Viehmarkt.

Berlin, 21. Oktober. Es standen zum Verkauf: 2170 Rinder, 8563 Schweine, 1065 Kälber, 8674 Hammel.

Der heutige Markt verlief durchweg noch matter und für die Verkäufer ungünstiger als der des vorwöchentlichen Montags.

Der Begehr für den Export ist immer noch verschwindend gering und die hiesigen Schlächter können bei der immer noch anhaltenden lauen Witterung nur für den nächsten Bedarf einschlachten.

Der Markt wurde nur von Kälbern und zwar auch nur äußerst langsam geräumt, während die anderen Viehgattungen Ueberstand hinterließen.

Rinder Prima 57—60, Sekunda 45—48, Tertia 36—38 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht.

Schweine beste Mecklenburger 48—49, beste Pommern 46—47, Sekunda-Pommern 44—45, Russen 42—43 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht. Bakuner 48—50 Mark bei 40—55 Pfund Thara.

Kälber 45—55 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

Hammel 40—50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 21. Oktober. Die „Pol. Korr." veröffentlicht folgende Meldungen:

Aus Konstantinopel: Das zwischen Achmed Mukhtar Pascha und dem Delegirten der kretensischen National-Versammlung vereinbarte Pazifikations-Uebereinkommen ist gestern der Sanktion des Sultans unterbreitet worden.

Der Ministerrath prüft seit einigen Tagen die Frage, ob nicht das modifizirte englische Reform-Projekt für Kleinasien auch für das gesammte türkische Reich anzunehmen und durchzuführen sei.

Aus Bukarest vom 21.: Bei dem heutigen feierlichen Einzuge der Truppen hielten der Minister Rosetti und der Bürgermeister Bewillkommnungs-Ansprachen an den Fürsten, auf welche dieser dankend erwiederte, der Empfang sei die schönste Belohnung für die Armee, welche durch ihre Tapferkeit in Bulgarien ihrem Vaterlande die Achtung und Werthschätzung Europas erworben hätte. Dem Fürsten wurden vielfache Ovationen dargebracht. Die Truppen führten 6 türkische Fahnen und 50 türkische Geschütze als Trophäen mit sich.

Berichte aus Konstantinopel bezweifeln, daß irgend welches Resultat seitens der ostrumelischen Kommission erzielt werden würde, denn Rußland lasse bereits jetzt die Maske vollständig fallen und verlange eine ausschließlich russische Verwaltung für alle von den Russen besetzten Gebiete, also bis nahe Konstantinopel.

Graf Schuwaloff ist hier eingetroffen, angeblich zur Weiterreise nach Livadia.

Paris, 21. Oktober. Heute hat im Ausstellungsgebäude die feierliche Vertheilung der von der Preisjury zuerkannten Preise stattgefunden. Der Prinz von Wales, die Kronprinzen von Dänemark und Schweden, der Graf von Flandern, der Herzog von Aosta und der König Franz von Spanien wohnten der Feier bei. Präsident Mac Mahon hielt, umgeben von den Präsidenten der beiden Kammern und von den Ministern, eine Rede, in welcher er den Fürsten, Regierungen und Völkern für die Betheiligung an der Ausstellung dankte und hervorhob, daß die Ausstellung von 1878 trotz der tiefgehenden kommerziellen Krisis ihren Vorgängerinnen gleich gekommen sei, wenn sie dieselben nicht übertroffen habe. Der Marschall schloß seine Rede mit den Worten: Die Erinnerung an die Unglücksfälle, welche unser Land getroffen haben, werden unter uns aufrecht erhalten und weiter entwickeln den Geist der Eintracht, die vollkommene Achtung vor den Institutionen und den Gesetzen und die heiße Liebe zum Vaterlande. Sämmtliche Mitglieder des diplomatischen Korps, mit Ausnahme des russischen Botschafters, Fürsten Orloff, welcher durch Unwohlsein abgehalten war, sowie ein sehr zahlreiches Publikum waren bei der Feierlichkeit anwesend.

Odessa, 21. Oktober. Die Zahl der hier unter Anklage gestellten Nihilisten beträgt 340. Die Reorganisation und Verstärkung der hiesigen Polizeimannschaften ist vollendet. Seitens der Regierung wird viel Gewicht darauf gelegt, daß für die Gerichtsverhandlungen gegen die Nihilisten die Oeffentlichkeit gewahrt werde. Maßregeln, um Ruhestörungen sofort zu unterdrücken, sind getroffen.